

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 05 90 846-45 ppbn d



Inhalt

Bundeskanzler Helmut Schmidt würdigt die Leistungen des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Heinz Kühn.

Seite 1/2

Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB, Bundestagsvizepräsident, sieht im Besuch von Kardinal Wyszyński einen Ausdruck der Lebendigkeit der deutsch-polnischen Beziehungen.

Seite 3

Hans-Jürgen Augstein MdB, Berichterstatter für die Bundesschuld, warnt vor einer Überschreitung der geplanten Netto-Kreditaufnahme für den Bundesetat.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

33. Jahrgang / 182

21. September 1978

Heinz Kühn - Ein Verlust für Nordrhein-Westfalen
und ein Gewinn für Europa

Seit drei Jahrzehnten in politischer Verantwortung für die SPD

Von Helmut Schmidt MdB

Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

In diesen Tagen schied Heinz Kühn aus seinem bisherigen Amt: Über ein Jahrzehnt lang war er Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, seit drei Jahrzehnten steht er in politischer Verantwortung für die sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Bereits in den 50er Jahren zog Heinz Kühn im Bundestag als eindrucksvoller Debattenredner die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Seine Stimme fand stets Gehör. 1963 ließ er sich in die Disziplin der Partei nehmen: Er verließ den Bundestag, um sich der SPD in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung zu stellen.

Dort hat Kühn die Weichen für eine politische Richtungsänderung gestellt, die nicht nur auf Nordrhein-Westfalen beschränkt bleiben, sondern schon bald im Bund übernommen werden sollte: Zusammen mit Willi Weyer legte er 1966 den

Grundstein für die erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit der sozialliberalen Koalition in Nordrhein-Westfalen. Aus den Erfahrungen dieser Zusammenarbeit fiel ihm 1969 beim Zustandebringen der ersten sozialliberalen Koalition in Bonn eine entscheidende Rolle zu.

Seine Fähigkeit, konstruktive Kompromisse herbeizuführen, hat er später ebenso als stellvertretender Parteivorsitzender zum Nutzen aller erfolgreich eingesetzt.

Heinz Kühn hat sich um Nordrhein-Westfalen große Verdienste erworben. Er hat die besonderen Anforderungen dieses volkreichsten Bundeslandes mit seinen hoch industrialisierten Zentren einerseits und seiner ausgeprägten ländlichen Tradition andererseits hervorragend gemeistert.

Besonders ist dabei sein Einsatz in der Energiepolitik hervorzuheben. Als Millionen Tonnen auf Halde lagen, hat er sich in seiner Überzeugung von der Wichtigkeit der Kohle für eine langfristige Energiepolitik nicht beirren lassen. Ebenso sind aber auch die energiepolitischen Beschlüsse des Hamburger Parteitages der SPD durch seine Handschrift gekennzeichnet.

Mit seinem Ausscheiden aus dem Amt des Ministerpräsidenten zieht Heinz Kühn sich nicht aus der aktiven Politik zurück: Mit seiner Kandidatur bei der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament knüpft er an seine frühere parlamentarische Arbeit in der Beratenden Versammlung des Europarates und als zeitweiliger Vorsitzender ihrer Sozialistischen Fraktion an. Seine künftigen Parlamentskollegen werden es wissen: Heinz Kühn hat seine langjährigen Erfahrungen als Parlamentarier und Politiker in der vordersten Front, sein auf internationaler Ebene vielfach bewiesenes Talent als "Botschafter des demokratischen Deutschlands" stets für die tatkräftige Förderung der europäischen Integration genutzt.

Heinz Kühn hat einmal bedauernd, aber auch tröstend gesagt, je größer die Verantwortung von Politikern werde und je weiter der Weg nach oben führe, desto einsamer und kälter könne es um sie werden. Er selbst ist dieser Gefahr entgangen.

(-/21.9.1978/vo-hc/ben)

Wyszynskis Besuch in Deutschland

Ausdruck der Lebendigkeit deutsch-polnischer Beziehungen

Von Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Für den Besuch des Primas von Polen, des Kardinal Stefan Wyszynski, vor allem zu dieser Zeit und in diesem Rahmen muß der Deutschen Bischofskonferenz als Einladendem Anerkennung ausgesprochen werden. Der Besuch ist der zweite Pfeiler der Brücke, die polnische Bischöfe 1965 zu Konzilsende in ihrer Botschaft an die deutschen Brüder im Bischofsamt gespannt hatten. Die Botschaft endete mit dem Satz: "Wenn echter guter Wille beiderseits besteht - und das ist wohl nicht zu bezweifeln - dann muß ja ein ernster Dialog gelingen und mit der Zeit Früchte bringen, - trotz allem, trotz heißer Eisen."

Während der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, seinen Besuch 1977 in Polen nur als Pilgerreise verstanden haben wollte, will der polnische Primas mit seinem Besuch offensichtlich programmatische Zeichen setzen. Schon die Zusammensetzung der Delegation aus dem Krakauer Kardinal Wojtyla, den die deutsche Kirchenpresse wiederholt als Gegenspieler des Primas einschätzte, dem Stettiner Bischof Stroba und hochrangigen Theologen, die auch in Deutschland einen Namen haben, weisen darauf hin, daß der Primas auch mutige Kirchenpolitik mit dem Besuch bezweckt.

Die Brisanz des Besuches liegt in der Stellung der Kirche in Polen einerseits und in der Person wohl eines der eigenwilligsten Kirchenführer unserer Zeit. Von dieser Kirche sagt der Bonner Kirchenhistoriker Prof. Dr. Stasiowski: "Keinesfalls fühlt sich die katholische Kirche in Polen als isolierte Insel oder belagerte Festung, sondern sie richtet voller Spannkraft ihre Verkündigung und ihr soziales Engagement auf die von ihr realistisch beurteilten Verhältnisse aus." Für die Person des Kardinals Wyszynski ist wohl folgende Begebenheit bezeichnender als viele Worte: Bald nach seiner Amtsübernahme schenkte Papst Paul VI. Wyszynski den Ring Papst Johannes XXIII. und gab dadurch zu verstehen, daß er im Beschenkten wohl einen der überzeugendsten Verfechter der Öffnung zur Welt im Sinn und Geist dieses unvergessenen Papstes sah.

Sein Besuch gilt der Katholischen Kirche in Deutschland. Begegnungen mit der Regierung und anderen Politikern sind nicht vorgesehen. Das muß auch nicht sein; denn die Annäherung und Verständigung der Kirche beider Länder hilft in jedem Falle der Aussöhnung in hervorragender Weise.

Der Besuch zeigt auch, daß die Vereinbarungen von Helsinki trotz vieler Unkenrufe und einiger Enttäuschungen lebendig und zukunftträchtig geblieben sind.

Der Deutschen Bischofskonferenz gebührt Dank für diese Einladung und den angemessenen Rahmen der Begegnungen. Dem hohen Gast aus Polen gilt ein besonders herzlicher Willkommensgruß aller Deutschen guten Willens.
(-/21.9.1978/vo-he/ben)

Draufgesattelt werden darf nichts mehr

Zur Problematik der Neuverschuldung im Bundeshaushalt 1979

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Berichterstatter des Haushaltsausschusses für die Bundesschuld

Die "Bonner Schuldenberge" spielen nicht nur in der aktuellen Etatdebatte des Bundestages eine wichtige Rolle. Sie werden auch und sogar besonders in den augenblicklichen Wahlkämpfen von Oppositionsseite als höher und gefährlicher dargestellt, als sie es in Wirklichkeit sind.

Niemand kann doch im Ernst der Einsicht widersprechen, daß auch 1979 aus Gründen der Konjunkturstützung und der Entlastung des Arbeitsmarktes eine hohe Verschuldung des Bundes unumgänglich ist. Zudem leugnet niemand, daß die geplante Netto-Kreditaufnahme in Höhe von 35,5 Milliarden DM vom Kapitalmarkt her zu vertreten ist.

Dennoch darf die Frage nach den Grenzen der Verschuldung des Bundes nicht einfach beiseitegeschoben werden. Und zwar vor allem auch deshalb, weil das Kreditvolumen im Etat 1979 erneut die investiven Ausgaben des Haushalts überschreitet, nämlich um zwei Milliarden DM. Wie in den letzten Jahren muß deshalb auf Art. 115 GG Bezug genommen werden. Nur wenn ein gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht gegeben ist, darf eine entsprechend hohe Neuverschuldung als verfassungskonform gelten.

Dieses Ungleichgewicht herrscht nach wie vor. Zwar erreichen uns nicht unfreundliche Signale aus der Wirtschaft; das reale Wachstum entwickelt sich in der erhofften Weise; die Preisstabilität ist hoch, der Ausfuhrüberschuß ebenfalls. Doch am Kapitalmarkt stimmen Angebot und Nachfrage nicht überein, das Wachstum des Sozialprodukts bedarf weiterer Impulse, und, vor allem bereitet die Arbeitslosigkeit weiterhin Sorgen.

Der Bund ist deshalb zum Handeln geradezu verpflichtet. Er muß auf den Kapitalmarkt gehen, um die Konjunktur anzuregen und um deflatorische Lücken zu vermeiden. Das eingebrachte Steuer- und Ausgabenpaket zwingt zusätzlich zur Verschuldung. Wer zu erstem ja sagt - und das tut die Opposition prinzipiell -, kann das zweite Mal nicht ablehnen.

Allerdings muß deutlich gemacht werden, daß die vorgesehene Begrenzung des Kreditbedarfs der gesamten öffentlichen Hand von 60 Milliarden DM unbedingt eingehalten

wird. Andernfalls müßte der Bund sein Finanzierungsdefizit verringern. Nach heutigem Stand wird der gesteckte Rahmen um nur eine Milliarde unterschritten. Das sollte den Bundestag nicht hindern, von sich aus das Kreditvolumen unter das der Investitionsausgaben zu drücken.

Zwar enthält der eingebrachte Bundeshaushalt 1979 offensichtlich noch etwas Luft. Doch dieser Spielraum ist wegen der normalen Haushaltsrisiken, vor allem aber wegen der ausstehenden Verhandlungen mit den Ländern über den Ausgleich für die Lohnsummensteuer unbedingt notwendig. Andererseits kann man mit einer höheren Postablieferung rechnen. Und die globale Minderausgabe von zwei könnte um eine weitere Milliarde erhöht werden.

Doch stößt man hier rasch an Grenzen. Eine drastische Kürzung der Kreditaufnahme wäre nur durch eine Beschneidung der gesetzlich festgelegten Ausgaben möglich. Wer das will, müßte mit konkreten Vorschlägen kommen. Bisher hat man keinen gehört. Andererseits wird jedoch verlangt, daß auf das Steuerprogramm vom 28. Juli noch einiges draufgesattelt wird. Und da und dort gibt es Widerstand gegen die Mehrwertsteuererhöhung. Wer noch draufsatteln möchte, müßte höhere Schulden verantworten.

Es bleibt also dabei, daß die geplante Schuldenaufnahme zu verantworten ist, auch im Licht der gegenwärtigen Sparquote und des Zinsniveaus. Die flexible Handhabung der Kreditaufnahme wird dadurch erleichtert, daß die Bundesbank kooperativ mitwirkt, so daß Friktionen zwischen staatlicher und privater Kreditaufnahme vermieden werden.

Bei all dem darf der Abbau der Schulden nicht vergessen werden. Die Zinsquote für 1979 - bei 11,3 Milliarden DM 5,5 Prozent des Etatvolumens von 204,6 Milliarden DM - rechtfertigt den Vorwurf nicht, der Haushalt werde zu sehr eingengt. Unproblematisch ist sie dennoch nicht. Aber es besteht auch kein Anlaß, die Verschuldung des Bundes als beängstigend oder gar als dramatisch zu empfinden.

(-/21.9.1978/vo-he/ben)

+ + +